



Volker Beck
Mitglied des Deutschen Bundestages

Volker Beck MdB - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin

Frank Henkel
Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Klosterstraße 47
10179 Berlin

Berlin, 14.10.2015

sb

Sehr geehrter Herr Innensenator,

für kommenden Freitag ruft die Palästinensische Gemeinde Deutschland um 16 Uhr vor dem Bundeskanzler*innenamt zu einer „zentralen Solidaritätskundgebung mit der Intifada im besetzten Palästina und gegen den israelischen Staatsterror“ auf. Eine Kundgebung, die mit einem Steine werfenden, verummumten Mann wirbt und zur Solidarität mit den Terroranschlägen in Israel dieser Tage aufruft, sollte meiner Meinung nach nicht ungeprüft von Ihrer Versammlungsbehörde zugelassen werden. Es gehört zu meinen grundtiefsten Überzeugungen, dass auch Menschen, die eine mir widersprechende Meinung haben, diese öffentlich und laut präsentieren können. Ich sehe hier aber nicht nur einen Widerspruch zum Gedanken der Völkerverständigung, es wäre auch zu prüfen, ob es sich hier um einen Aufruf zu einer Straftat handelt.

Diese Kundgebung ist leider keine Veranstaltung, die für einen gerechten Frieden zwischen Palästinensern und Israelis eintritt. Diese Veranstaltung solidarisiert sich im Aufruf mit der



Screenshot. Quelle: <https://www.facebook.com/media/set/?set=a.903945773017806.1073741889.240220972723626&type=3>

Volker Beck MdB | Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Sprecher für Innen- und Religionspolitik

Bundestag:
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
T: 030/22771511 | F: 030/22776880
volker.beck@bundestag.de

Wahlkreis:
Ebertplatz 23 | 50668 Köln
T: 0221/7201455 | F: 0221/37996738
koeln@volkerbeck.de

Internet:
volkerbeck.de
twitter.com/Volker_Beck
facebook.com/VolkerBeckMdB

Gewalt gegen die israelische Zivilbevölkerung. Auch und gerade vor dem Hintergrund der gewalttätigen und antisemitischen Ausschreitungen im Zuge des Gaza-Kriegs 2014 bin ich wegen dieser Kundgebung sehr besorgt.

Ich möchte Sie gerne an eine Pressemitteilung von Ihnen vom 21.07.2014 erinnern, in der Sie erklärten: „Ich sage es deutlich: In unserem Land und in unserer Stadt ist kein Platz für Antisemitismus. Deutschland und auch Berlin haben eine historische Verantwortung zum Schutz des Staates Israel.“ Darf ich Sie beim Wort nehmen, Herr Innensenator?

Mit freundlichen Grüßen

